

60/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Angerer und Genossen an die Staatsregierung und den Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend „die Schadloshaltung der aus den von den Jugoslawen und Italienern besetzten Gebieten vertriebenen deutschen Bediensteten und Arbeiter der ehemaligen Staatsbahndirektion Triest, beziehungsweise die Staatsbahndirektionen Villach und Innsbruck sowie der entsprechenden Südbahnlinien und die volle Anerkennung derselben als Bedienstete und Arbeiter der deutschösterreichischen Staatsbahnen, beziehungsweise der Südbahn“.

Die in den Gebieten der gewesenen Staatsbahndirektion Triest, beziehungsweise der Staatsbahndirektionen Villach und Innsbruck sowie der entsprechenden Südbahnlinien vor und während des Krieges im Dienste gestandenen deutschen Bediensteten und Arbeiter haben nicht allein jederzeit auch unter den schwierigsten Verhältnissen treu ihre Pflicht erfüllt, sondern sie waren auch fast ausnahmslos Pioniere des Deutschtums im Süden der bestandenen österreichisch-ungarischen Monarchie.

Heute sind diese Bediensteten und Arbeiter der größten Not ausgesetzt und alle Stellen an die sich diese Bediensteten und Arbeiter um Hilfe wenden, weisen dieselben als nicht zuständig ab. Nur die wenigsten Bediensteten und Arbeiter, die heute vielfach in Flüchtlingslagern untergebracht sind, wurden wieder in Dienst gestellt, gelten aber in bezug auf ihre Entlohnung und in bezug auf die Gewährung von Unterstützungen, Alushilfen usw. als Bedienstete, beziehungsweise Arbeiter zweiter Güte.

Diese Behandlung muß um so mehr befremden, als sowohl auf den Staatsbahnen sowie Südbahnlinien noch immer nicht deutsche Bedienstete und Arbeiter in Verwendung stehen und Bedienstete, die das vorgeschriebene Alter bereits überschritten haben und bis 40 und über 40 Dienstjahre haben im Dienste belassen werden.

Die Gefertigen stellen daher an die Gesamtregierung und den Staatssekretär für Verkehrswesen die Anfragen:

1. Ist die Gesamtregierung und der Staatssekretär für Verkehrswesen geneigt, mit umsichtiger Beschleunigung das überaus traurige Los der aus den von den Jugoslawen und den Italienern besetzten Gebieten vertriebenen deutschen Bediensteten und Arbeiter der ehemaligen Staatsbahndirektion Triest, beziehungsweise der Staatsbahndirektionen Villach und Innsbruck sowie der besetzten Südbahnlinien zu erleichtern?

2. Ist die Gesamtregierung und der Staatssekretär für Verkehrswesen bereit, diese Bediensteten und Arbeiter durch Entlassung der nichtdeutschen Bediensteten und Arbeiter sowie Pensionierung, beziehungsweise Provisionierung jener Bediensteten, die bereits ausgedient und für keine unmündigen Kinder mehr zu sorgen haben, wieder in den Dienst zu stellen?

3. Ist die Gesamtregierung und der Staatssekretär für Verkehrswesen gewillt, diesen Bediensteten und Arbeitern, die bis

jetzt nicht ausbezahlten Teuerungszulagen, Anschaffungsbeiträge, Möbelschädigungen und Flüchtlingsunterstützungen sofort anweisen zu lassen oder wenigstens entsprechende Vorschüsse zu gewähren?

4. Ist die Gesamtregierung und der Staatssekretär für Verkehrsweisen bereit, den Bediensteten und Arbeitern, deren Überlebensgut teilweise oder ganz geplündert und geraubt wurde, für den hierdurch erlittenen Schaden schadlos zu halten?

5. Ist die Gesamtregierung und der Staatssekretär für Verkehrsweisen bereit, diejenigen Bediensteten und Arbeiter, die provisorisch den deutschösterreichischen Staatsbahnen zur Dienstleistung zugewiesen sind, bis zur endgültigen Übernahme derselben

durch den deutschösterreichischen Staat die einfachen Gehrgelder, beziehungsweise Diäten und jenen, die trotz Anbietung ihres Dienstes nicht übernommen wurden, die halben Gehrgelder, beziehungsweise Diäten samt Teuerungszulagen zu bewilligen?

6. Ist die Gesamtregierung und der Staatssekretär für Verkehrsweisen geneigt, für eine menschliche Unterbringung dieser Bediensteten sofort Sorge zu tragen und schließlich

7. ist die Gesamtregierung und der Staatssekretär für Verkehrsweisen geneigt, alle diese Anfragen im Einvernehmen mit den zuständigen Personalvertretungen und den Vertrauensmännern der Betroffenen durchzuführen?"

Grahamer.
Dr. Ursin.
M. Pauhy.
Bernh. Egger.
Cleßin.

Dr. Straßner.
Dr. Angerer.
Wimmer.
Dengg.
Altenbacher.
Dr. Butte.